



# Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

5

öffentlich

Sitzungsdatum: 02.07.2015

Drucksachen-Nr.: VI/302

Beschluss-Nr.: 177/11/15

Beschlussdatum: 02.07.15  
m:

Gegenstand: Ja zum Volksentscheid über das Gesetz zur Aufhebung der mit dem Gerichtsstrukturneueordnungsgesetz beschlossenen Änderungen – Für eine hohe Beteiligung am Volksentscheid werben

Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Fraktion der CDU  
Fraktion der SPD  
Fraktion B90/Grüne-Piraten

Beschlussfassung durch:  Oberbürgermeister  Hauptausschuss  
 Betriebsausschuss  Stadtvertretung

Beratung im:

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Generationen,
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Finanzausschuss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Kulturausschuss
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Rechnungsprüfungsausschuss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Betriebsausschuss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Neubrandenburg, 23. Juni 2015

Toni Jaschinski  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Diana Kuhk  
Fraktionsvorsitzende  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Roman F. Oppermann  
Fraktionsvorsitzender

Fraktion DIE LINKE  
B90/Grüne\_Piraten

Fraktion der CDU

Fraktion der SPD

Fraktion

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern wird durch die Stadtvertretung nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadtvertretung Neubrandenburg bedankt sich bei den Initiatoren des Volksbegehrens zur Aufhebung der mit dem Gerichtsstrukturneordnungsgesetz beschlossenen Änderungen für das ehrenamtliche Engagement. Mit diesem Engagement wurde das 1. Volksbegehren in der Geschichte unseres Landes erfolgreich abgeschlossen. Dieser Erfolg ist ein Beweis für die lebendige Demokratie in unserem Land.
2. Die Stadtvertretung Neubrandenburg unterstützt den am 6.9.2015 stattfindenden Volksentscheid. Sie wird für eine hohe Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger werben.
3. Die Stadtvertretung Neubrandenburg fordert den Oberbürgermeister auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am Volksentscheid nicht erschwert wird und für eine hohe Teilnahme zu werben.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine

**Begründung:**